



Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag

Die politische Lage in Deutschland Dem Land geht es gut „Halbzeit“ für Union und FDP

Deutschland geht es gut. Es ist lange her, dass unser Land in einer so guten Verfassung war. Dies ist in erster Linie ein Verdienst der Menschen, die jeden Morgen zur Arbeit gehen oder die sich um Kinder und Angehörigen kümmern. Die guten Zahlen sind Ausdruck der Leistungsfähigkeit unseres Landes. Mit größter Kreativität setzen sich unsere Firmen auf den Weltmärkten durch. Unsere Wissenschaftler zählen zu den besten weltweit. „Made in Germany“ ist und bleibt ein globales Qualitäts-Markenzeichen.

Politik kann eine solche Entwicklung nicht erzwingen, sie kann sie nur fördern. Die christlich-liberale Koalition hat dies geschafft. Sicher lief nicht alles rund. Wir wissen, dass wir unsere Arbeit vor allem besser erklären müssen. Die Bürger wollen und müssen nachvollziehen können, warum und wie wir zu Entscheidungen kommen und wie sie sich an der Entscheidungsfindung beteiligen können. Durch kluge Politik haben wir es aber geschafft, dass Deutschland in Europa am besten aus der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise gekommen ist. Die damaligen Schreckensszenarien haben sich nicht bewahrheitet. Stattdessen haben wir unter Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel seit dem Herbst 2009 die Rahmenbedingungen für den Aufschwung von Deutschland weiter verbessert.

Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz ist seinem Namen gerecht geworden. Beim Steuerrecht haben wir – zuletzt noch einmal im Juni dieses Jahres – Vereinfachungen vorgenommen, die eine breitgefächerte Wirkung entfalten. Unternehmen, Arbeitnehmer und Familien mit Kindern profitieren davon auch durch unmittelbare steuerliche Entlastungen.

Die Arbeitslosigkeit liegt schon unter der Drei-Millionen-Grenze. Junge Menschen haben wieder mehr Chancen auf Ausbildung und Beschäftigung. Die Wirtschaft wächst, wovon alle profitieren. Die Arbeitnehmer durch sichere Arbeitsplätze und steigende Löhne, die Unternehmer durch stabile Gewinne, aber auch der Staat, weil mehr Steuern und Sozialabgaben geleistet werden. Bei der Neuformulierung der „Hartz“-Gesetze ist es bei dem Grundsatz geblieben, dass sich in erster Linie Arbeit lohnen muss und nicht der Bezug von staatlicher Hilfe, so notwendig sie im Einzelfall auch ist. Zentraler Bestandteil dieser Reform ist das Bildungspaket für 2,5 Millionen Kinder in Deutschland.

Im Bereich der inneren Sicherheit verbessern wir fortwährend die Sicherheitsstrukturen. Wir wollen, dass Deutschland ein sicheres Land bleibt. Deshalb werden wir die bewährten Instrumente zur Bekämpfung des Terrorismus auch künftig einsetzen. Für den Kampf gegen die zunehmende Internet-Kriminalität wurde das neue nationale Cyber-Abwehrzentrum geschaffen. Durch Weiterentwicklung der Regelungen zur Sicherungsverwahrung wird dem Schutz der Bevölkerung vor hochgefährlichen Straftätern Sorge getragen.

Die Bundeswehr haben wir den sich ändernden sicherheitspolitischen Anforderungen angepasst. Die Aussetzung der Wehrpflicht ist uns nicht leicht gefallen. Sie ist aber notwendig, wenn wir sowohl Wehrgerechtigkeit als auch

Einsatzfähigkeit und Effektivität garantieren wollen. In der weiteren Ausgestaltung wird es jetzt auch um Standortfragen gehen. Kein anderes Bundesland verfügt über so viele Standorte, wir Niedersachsen sind ein enger Partner der Bundeswehr. Im Grundsatz soll das natürlich so bleiben. Die Bundeswehr muss weiterhin in der Fläche wahrnehmbar und damit in der Mitte der Gesellschaft verankert bleiben. Außerdem entsteht der Bundesfreiwilligendienst, der den Zivildienst ersetzen wird.

In der Energiepolitik mussten wir nach dem Reaktorunfall von Fukushima reagieren und werden nun den Ausstieg aus der Kernenergie beschleunigen. Dies ist eine große Aufgabe. Aber anders als Rot-Grün gehen wir sie seriös an. Uns reicht es nicht, einfach nur auszusteigen, wir wollen die wegfallenden Energiemengen auch ersetzen. Rot-Grün hatte dies bei ihrem Ausstieg nämlich schlicht „vergessen“. Wir setzen dagegen u.a. auf den Ausbau der erneuerbaren Energien. Hierbei kommen große Herausforderungen auch auf Niedersachsen zu. Denn naturgemäß kommt unserem Bundesland eine Schlüsselaufgabe beim Ausbau der erneuerbaren Energien zu – nicht nur, aber natürlich insbesondere bei der Windenergie. Und wenn wir unsere ehrgeizigen Ziele hier erreichen wollen, dann muss diese Energie vom Ort der Gewinnung hin zu den Konsumenten in ganz Deutschland transportiert werden. Dazu brauchen wir einen umfangreichen und schnellen Ausbau der Leitungsnetze. Auch hier kommt Niedersachsen eine große Verantwortung zu. Dabei wird sich auch zeigen, wie ernst es die Grünen und SPD mit dem Umstieg auf natürliche Energieträger wirklich meinen. Wir erwarten, dass grüne-rote Politiker der Realisierung dieser wichtigen Infrastrukturprojekten nicht im Wege stehen, sondern diese unterstützen und verteidigen!

Der Euro ist eine stabile, starke Währung. Wir wollen, dass das so bleibt. Deshalb haben wir im Mai 2010 Hilfsdarlehen für in Finanznot geratene Euro-Mitgliedsstaaten gebilligt. Um weitere Krisen zu vermeiden und um ein ausgewogeneres Verhältnis von Eigenverantwortung und Solidarität in der Euro-Zone zu schaffen, wurde die größte Reform des Euro seit seiner Einführung durchgesetzt. Die unter Rot-Grün aufgeweichten Stabilitätskriterien wurden verschärft und ihre Einhaltung strenger als zuvor kontrolliert. Der Euro-Plus-Pakt verpflichtet zu wachstumsstärkenden Reformen. Ab 2013 wird der Europäische Stabilitätsmechanismus den Euro gegen Spekulationen schützen, wobei selbstverständlich der Deutsche Bundestag Vereinbarungen mit finanzieller Auswirkung zustimmen muss. Ohne Schuldendienst, Strukturreformen und ohne Beteiligung der Gläubiger im äußersten Fall wird es Hilfen für notleidende Euro-Staaten nicht geben.

Dies sind nur einige wenige Punkte, die zeigen, dass wir unser Land in den vergangenen zwei Jahren vorangebracht haben. Alle Mitglieder der Landesgruppe haben in ihren jeweiligen Fach- und Aufgabenbereichen ihren Anteil daran. Diese Zwischenbilanz der christlich-liberalen Koalition müssen wir in der zweiten Hälfte dieser Legislaturperiode weiter verbessern. Daran werden wir alles setzen.

Die Woche im Parlament

In 2./3.Lesung stand in dieser Woche die Beschlussfassung des umfangreichen **energiepolitischen Gesetzespakets** an. Mit breiter Mehrheit hat der Bundestag dabei den Ausstieg Deutschlands aus der Kernkraft bis 2022 besiegelt. Das Gesetzespaket aus insgesamt acht Gesetzen sieht auch vor, die erneuerbaren Energien auszubauen und Anreize zum Energiesparen zu setzen. Der geplante Umstieg auf erneuerbare Energien bietet eine Perspektive für natur- und generationenverträgliches Wachstum. Der Ausstieg aus der Kernkraft und der Übergang ins Zeitalter der erneuerbaren Energien waren bereits Grundlage des im Herbst 2010 von der christlich-liberalen Koalition verabschiedeten Energiekonzepts. Schon vor der Reaktorkatastrophe von Fukushima hatten wir ein umfassendes Energiekonzept mit Daten, Fakten und verlässlichen Zielen entwickelt. Nun wird die Nutzung der Kernkraft verantwortungsvoll und schnellstmöglich beendet.

Wir debattierten in dieser Woche die **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der AU/UN-Hybrid-Operation in Darfur (UNAMID)**. Das bisherige Mandat läuft am 15. August 2011 aus. Ob auch die Operation UNMIS vom Sicherheitsrat verlängert wird, ist angesichts der Spaltung des Sudans, die sich mit der Unabhängigkeitserklärung des Südsudans am 9. Juli 2011 vollziehen wird, noch offen.

Mit dem in 1. Lesung beratenen **Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen** sollen vor dem Hintergrund des wachsenden Fachkräftebedarfs Qualifikationspotentiale im Inland stärker aktiviert werden. Gleichzeitig wollen wir die Attraktivität Deutschlands für qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland erhöhen. Das Gesetz sieht für den Zuständigkeitsbereich des Bundes Ansprüche auf eine individuelle Prüfung der Gleichwertigkeit von ausländischen Berufsqualifikationen mit inländischen Referenzqualifikationen vor. Die Länder sind gefordert, sich bei der Anerkennung durch Landesrecht geregelter Berufe an diesen Maßstäben zu orientieren.

In 1. Lesung stand das **Gesetz zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen (Bundeskinderschutzgesetz)** zur Beratung an. Damit soll eine rechtliche Grundlage für flächendeckende, niedrigschwellige Hilfsangebote für Familien vor und nach der Geburt und in den ersten Lebensjahren des Kindes geschaffen werden. Insbesondere wird die Erziehungskompetenz der Eltern in dieser wichtigen Phase gestärkt. Alle wichtigen Akteure im Kinderschutz wie Jugendämter, Schulen, Gesundheitsämter, Krankenhäuser, Ärzte, Schwangerschaftsberatungsstellen und Polizei sollen in einem Netzwerk zum vorbeugenden Schutz von Kindern zusammenwirken. Das Gesetz soll zudem den Einsatz von Familienhebammen stärken, die junge Eltern im ersten Lebensjahr ihres Kindes begleiten.

In 1. Lesung stand das **Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt** zur Beratung an, welches nach der Jobcenter-Reform und der Leistungsrechtsreform im Bereich des SGB II und des SGB XII der dritte wichtige Baustein zur umfassenden Reform der gesetzlichen Grundlagen der Arbeitsmarktpolitik ist. Ziel ist es, den Einsatz der Arbeitsmarktinstrumente im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel effektiver und effizienter zu machen, insbesondere die Integration in den ersten Arbeitsmarkt zu beschleunigen und die öffentlich geförderte Beschäftigung neu zu ordnen.

Ziel des in 1. Lesung beratenen **Gesetzes zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen** ist es, die Restrukturierung und Fortführung von sanierungsfähigen Unternehmen zu erleichtern und damit den Erhalt von Arbeitsplätzen zu ermöglichen. Mit einer Reihe von Änderungen in der Insolvenzordnung wird der Gläubigereinfluss bei der Auswahl des Insolvenzverwalters gestärkt, das Insolvenzplanverfahren ausgebaut, gestrafft und noch stärker auf die Frührehabilitation von Unternehmen ausgerichtet. Auch werden die Eigenverwaltung gestärkt und gerichtli-

che Zuständigkeiten konzentriert. Die Insolvenzstatistik wird durch ein neues Insolvenzstatistikgesetz verbessert.

Der interfraktionelle Antrag **25 Jahre Internationales Parlaments-Stipendium (IPS)** bekräftigt die Absicht, das Internationale Parlaments-Stipendium fortzuführen. Weiterhin wollen wir bis zu 120 qualifizierten und politisch besonders interessierten jungen Menschen aus Staaten, mit denen die Bundesrepublik Deutschland von jeher eine besondere Freundschaft verbindet, jährlich die Gelegenheit verschaffen, das parlamentarische Regierungssystem Deutschlands sowie die politischen Entscheidungsprozesse näher kennenzulernen. Durch dieses weltweit einzigartige Programm zur Förderung von Demokratie und interkulturellem Dialog konnten bisher über 1.750 junge Menschen aus Mittel-, Südost- und Osteuropa sowie Frankreich, Israel und den USA die Arbeit des Deutschen Bundestages kennenlernen.

Daten und Fakten

Erwerbsbeteiligung älterer Menschen nimmt deutlich zu: Die Erwerbsbeteiligung älterer Menschen in Deutschland hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Die Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen stieg zwischen 2000 und 2009 von 37% auf 56% und damit so stark wie in keiner anderen Altersgruppe. Nach Erreichen des 65. Lebensjahres waren in Deutschland noch 4% der Bevölkerung erwerbstätig. Im EU-weiten Vergleich verzeichnete 2009 auf der Basis von Eurostat-Informationen Schweden mit 70% die höchste Erwerbstätigenquote unter den 55- bis 64-Jährigen. In der EU insgesamt lag die Quote bei 46%. Die über 65-Jährigen nahmen am häufigsten in Portugal (17%), Rumänien (14%) und Schweden (12%) am Erwerbsleben teil. Der EU-Durchschnitt lag bei 5%.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Reallöhne steigen im ersten Quartal um durchschnittlich 2%: Die Reallöhne, das heißt die preisbereinigten Bruttomonatsverdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer, sind im ersten Quartal 2011 im Vergleich zum ersten Quartal 2010 um durchschnittlich 2% gestiegen. Der kräftige Anstieg der Bruttomonatsverdienste zum Jahresbeginn 2011 erstreckte sich auf fast alle Wirtschaftszweige. Je nach Branche gab es dafür jedoch unterschiedliche Gründe. So nahm im Verarbeitenden Gewerbe die Zahl der Kurzarbeiter weiter ab und im Bereich der Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung erhielten Beschäftigte im ersten Quartal 2011 hohe tarifliche Einmalzahlungen. Ein vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer verdiente in Deutschland im ersten Quartal 2011 ohne Sonderzahlungen durchschnittlich 3.264 Euro brutto im Monat. Die höchsten Durchschnittsverdienste erzielten die Beschäftigten in der Energieversorgung (4.322 Euro), bei Banken und Versicherungen (4.315 Euro) sowie im Bereich Information und Kommunikation (4.299 Euro). Der niedrigste durchschnittliche Bruttomonatsverdienst wurde im Gastgewerbe (1.951 Euro) gezahlt.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)



**Landesgruppe
Niedersachsen**

CDU/CSU FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Vorsitzender:

Michael Grosse-Brömer MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 – 227 79498

Fax: 030 – 227 70139

Email: stefan.krueppel@cducsu.de

Internet: www.lg-nds.de